



öffentlich

Betreff:

Für die Erweiterung des Mahnmals gegen Faschismus und Krieg auf dem Platz der Einheit /Einreichen

Einreicher: Fraktion CDU

Erstellungsdatum 06.10.2020

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge schließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie das Mahnmal gegen Faschismus und Krieg auf dem Potsdamer Platz der Einheit würdevoll und weltoffen zu einem Mahnmal für alle Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft im 20. Jahrhundert erweitert, die durch deutsche Staatlichkeit im 20. Jahrhundert, durch Duldung oder aktives Handeln, durch das Deutsche Kaiserreich, des nationalsozialistische Deutsche Reichs und durch die sozialistische DDR umgekommen oder zu Schaden gekommen sind. Dies soll insbesondere an den Genozid an den Armenieren im 1. Weltkrieg, den Völkermord an den Juden, Sinti und Roma, die Gewalt gegen politisch Andersdenkende wie, sexuelle anders oder divers Orientierte, religiös Gebundene, die 20.000 Opfer der Zwangsvereinigung von KPD und SPD seit dem April 1946, ermordete und bedrängte Christdemokraten und Liberale oder die Opfer der deutschen Teilung durch Trennung, Mauer und Schießbefehl erinnern und künftige Generationen im Sinne eines „nie wieder“ mahnen.

Die Konzeption soll zunächst durch die Stelle Erinnerungskultur und Gedenken unter Federführung von Herrn Bülow in der Kulturverwaltung geprüft werden. Dabei ist auch zu prüfen, wie baulich sensibel mit dem bestehenden Mahnmal/Ort am Platz der Einheit umgegangen werden könnte, um seinen Denkmalwert zu erhalten und zu erweitern.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im 1 Quartal 2021 über die Ergebnisse in einer Mitteilungsvorlage zu informieren.

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Es ist im 30. Jahr der Einheit Deutschlands an der Zeit, dass sich die Landeshauptstadt Potsdam geschichtsbewusst und weltoffenen zeigt und würdevoll an einem Platz aller namhaften und unbekanntem Opfer des 20. Jahrhunderts gedenkt. Unvollkommene oder politisch einseitig ausgerichtete Denk- und Mahnmale sollten eigentlich seit 1990 der Vergangenheit angehören.



- Änderungsantrag**
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

20/SVV/1181

öffentlich

Einreicher: AfD-Stadtfraktion

Betreff: Erweiterung des Mahnmals gegen Faschismus und Krieg

Erstellungsdatum 30.10.2020

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
04.11.2020	Stadtverordnetenversammlung		x

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie das Mahnmal gegen Faschismus und Krieg auf dem Potsdamer Platz der Einheit bzw. dessen Schriftzug "Unser Opfer Unser Kampf gegen Faschismus und Krieg" künstlerisch hochwertig ergänzt werden kann um die Worte "und Sozialismus", um künftige Generationen im Sinne eines „nie wieder“ zu mahnen.

Die Konzeption soll zunächst durch die Stelle Erinnerungskultur und Gedenken unter Federführung von Herrn Bülow in der Kulturverwaltung geprüft werden. Dabei ist auch zu prüfen, wie baulich sensibel mit dem bestehenden Mahnmal/ Ort am Platz der Einheit umgegangen werden könnte, um seinen Denkmalwert zu erhalten und zu erweitern.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im 1. Quartal 2021 über die Ergebnisse in einer Mitteilungsvorlage zu informieren.

Begründung:

Es ist im 30. Jahr der Einheit Deutschlands an der Zeit, dass sich die Landeshauptstadt Potsdam geschichtsbewusst und weltoffen zeigt und würdevoll an einem Platz aller namhaften und unbekanntem Opfer des 20. Jahrhunderts gedenkt. Unvollkommene oder politisch einseitig ausgerichtete Denk- und Mahnmale sollten eigentlich seit 1990 der Vergangenheit angehören.

Darüber hinaus sollen sich Potsdamer Bürger durch die Ergänzung des Schriftzuges nicht nur an die Opfer von Gewaltherrschaft im 20. Jahrhundert erinnern, sondern auch daran, dass Sozialismus die beiden deutschen Diktaturen zugrundeliegende Ideologie war.

Sozialistischer Etatismus gefährdete das Leben und den Wohlstand der Bürger, funktionierte nur unter Zwang und Gewaltherrschaft und verhinderte letztlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Künftige Generationen sollen im Sinne eines „nie wieder“ sensibilisiert und gemahnt werden, Freiheitlichkeit, Toleranz sowie Demokratie bzw. demokratische Diskurskultur konsequent zu verteidigen.

Andreas-Schulz